

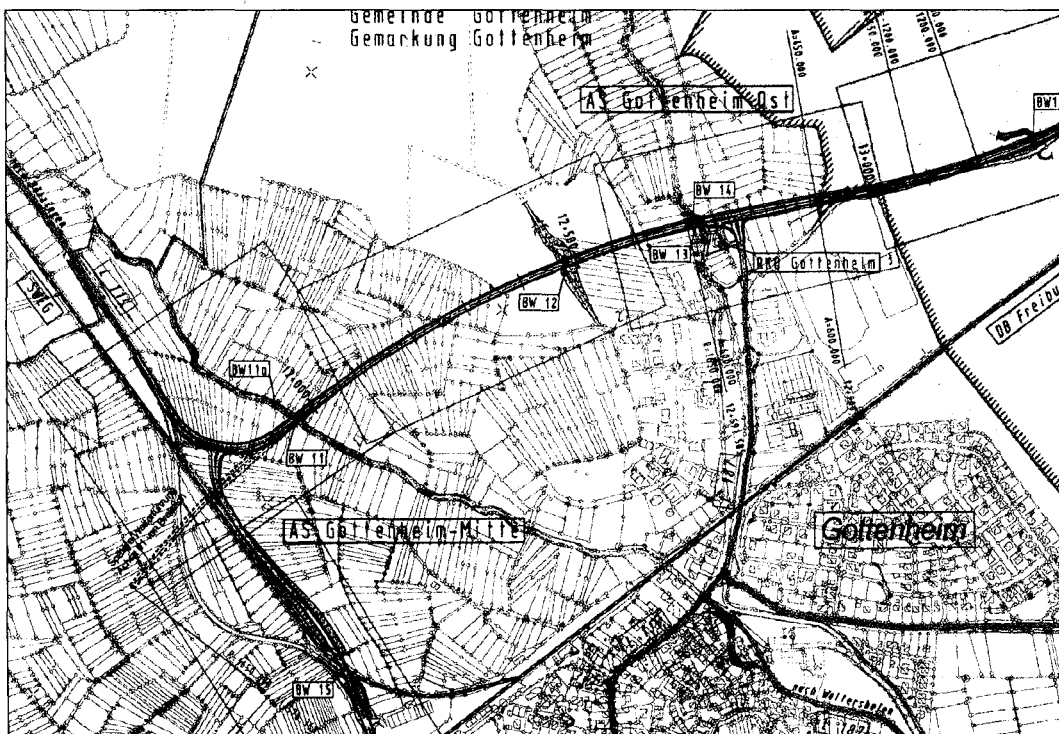
Mit Verkehrssituation unzufrieden

Bürgermeister und Grüne im ausführlichen Gespräch mit dem Regierungspräsidium Freiburg / Auch über geplante Landessanierung beraten

Gottenheim. Vergangenen Mittwoch führte die grüne Bundestagsabgeordnete Kerstin Andrae ein Fachgespräch mit Bürgermeister Volker Kieber und dem Baudirektor Dieter Hellhake vom Regierungspräsidium Freiburg über die Verkehrssituation in Gottenheim und das weitere Vorgehen der Gemeinde in Sachen Landessanierungsprogramm.

Im anschließenden Pressegespräch, an dem auch die Landtagskandidatin der Grünen, Bärbl Mielich, teilnahm, stellten die Beteiligten die Ergebnisse vor. Schon im Sommer hatten die Grünen im Rahmen des Wahlkampfes in Gottenheim eine Veranstaltung zum Thema Radwege in der Gemeinde organisiert. Ihnen und dem Bürgermeister sind die Pläne des Regierungspräsidiums, was die Radwege zwischen Gottenheim und der March betrifft, zu zeitfern. Geplant ist nämlich ein Rückbau der L 115 auf 5,50m Fahrplanfläche und einem Grünstreifen in der Mitte sowie Radwegen am Rande der Straße. Diese Pläne wurden im Prinzip von den Anwesenden gut geheißen, sollen aber erst zwischen 2010 und 2012 realisiert sein.

Die Gemeinde hat zwischenzeitlich „auf eigene Faust“ schon einen Radweg Richtung Umkirch gebaut, um den radelnden Verkehrsteilnehmern mehr Sicherheit zu bieten. In schlimmer Erinnerung ist den Verantwortlichen im Rathaus der innerörtliche Verkehrsunfall letztes Jahr an Pfingsten mit einem Radfahrer, der immer noch im Koma liegt. Mit der Initiative Gottenheims, die halbe Strecke des Radweges Richtung Umkirch und



Dieser Plan gibt einen ungefähren Eindruck von der geplanten Straßenführung der B 31 West und wie sie nördlich von Gottenheim in einer Vorfahrtsstraße Richtung Bötzingen und einen Abzweig Richtung Ihringen/Waseneiler endet.

Plan: Bauamt Gottenheim

Freiburg zu bauen, ist das Problem aber noch nicht gelöst. Der fertige Weg endet am Parkplatz an der L115, weil ein privater Eigentümer Probleme macht und den Weiterbau verhindert.

Ein Anliegen der Grünen ist es ferner, das Landkreis-Projekt der einheitlichen Beschilderung von Radwegen am Kaiserstuhl und im Markgräflerland auch zwischen Gottenheim und der March zu installieren. Dies würde sich auf den Tourismus positiv auswirken. Es gebe schöne Radwege durch den Wald, so Bärbl Mielich, „sie werden aber nicht gefunden“.

Das zweite große Verkehrsthe-

ma, die B 31 West, wird bekanntermaßen von den Beteiligten verschieden bewertet. Die Grünen favorisieren andere Instrumente, um den Verkehr einzudämmen, Instrumente, die kurzfristig greifen sollen: ein innerörtliches LKW-Verbot und die „Ertüchtigung“ der alten B 31, d.h. via Rimsinger Ei sollen die Verkehrsteilnehmer bei Bad Krozingen auf die Autobahn Richtung Freiburg geleitet werden. Durch diese schnell umsetzbare Maßnahme werde der Mautumgehung entgegengewirkt, so Mielich.

Bürgermeister Kieber befürwortet die B 31 West, ist aber unglücklich mit deren geplantem Ende

nördlich von Gottenheim. Dort soll sich die Straße in eine Vorfahrtsstraße Richtung Bötzingen (L115) und eine Abfahrt Richtung Waseneiler/ Ihringen (K 4995) teilen. Letztere würde durch ein Drittel der Gottenheimer Gemarkung führen und ein geplantes Neubaugebiet tangieren.

Insofern hat Gottenheims Bürgermeister vollstes Verständnis für die Anliegen der Gemeinde Ihringen, denn deren Argumente gelten in ähnlicher Form für den 1. Bauabschnitt in Gottenheim. Volker Kieber hätte am liebsten eine „kleine Umgehung“, eine Weiterführung der neuen Straße in Richtung

Waseneiler. Er ist sich aber über die planungsrechtlichen Schwierigkeiten einer solchen Umgehung bewusst. Gleichwohl erhebt sich beim Betrachten der Pläne die Frage, wieso die B 31 West ausgerechnet an dieser Stelle endet, wo absehbar ist, dass die Verkehrsbelastung für das besagte Gottenheimer Drittel sehr groß sein wird. Bedeutet dies die Herstellung von Tatsachen, die den Weiterbau der neuen Straße zwingend notwendig machen?

Als letzter Punkt befasste sich die Runde mit der Teilnahme Gottenheims am Landessanierungsprogramm. 1,8 Millionen € sind vom Land für die Ortskernsanierung reserviert worden, ein Betrag, der innerhalb von acht Jahren abgerufen werden muss. Die Gemeinde hatte Schwierigkeiten den geforderten Eigenanteil an 40 Prozent der Sanierungskosten aufzubringen und zögerte auch aus anderen Gründen mit dem Beginn: Erst mit der Entlastung durch die B 31 West mache die Neugestaltung von Plätzen, Gehwegen und Fassaden Sinn, so Kieber. Das Regierungspräsidium hat der Gemeinde nun „die Pistole auf die Brust“ gesetzt und der Bürgermeister hofft, durch den Verkauf der Bauplätze am Steinackerberg die nötigen Mittel für den Eigenanteil an der Ortskernsanierung aufbringen zu können. Er plant, die 40 bis 50 cm breiten „Schrammborde“ in sichere Gehwege zu verwandeln, die auch die Schulwege der Gottenheimer Kinder sicherer machen werden. Durch die Platzgewinnung und -gestaltung im Ortskern sollen Einzelhandel und Gastronomie belebt werden. Auch Privatleute können Förderanträge zur Sanierung ihrer Hausfassade stellen. (wor)